

Berichtsforschung als Datenquelle

Zu meinem Referat gehört eine lange Liste von »Berichten«, die ich als solche nicht vortragen kann. Sie wird deshalb als Umdruck ausgeteilt. Im übrigen enthält der Umdruck nur die Gliederung des Referats. Da die vielen Hyperlinks aus der Kopie nur mühsam zu nutzen sind, stelle ich diesen Umdruck auch ins Netz, und zwar unter der Adresse <http://rsozblog.de/?p=1061>.

I. Bedarf an empirischer Forschung

[wird ausgeführt]

II. Berichte national

1) Bundesregierung, Ministerien und nachgeordnete Einrichtungen

a) Bundestag

Das Dokumentations- und Informationssystem des Deutschen Bundestags (DIP) ist eine Fundgrube, wenn auch nicht gerade für Daten.

<http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt>

Besonders interessant finde ich die Analysen und Gutachten der Analysen und Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste. Berichte größeren Umfangs sind gelegentlich von Enquête-Kommissionen des Bundestags vorgelegt worden. Das jüngste, was ich gefunden habe waren der

- *Bericht der Enquete-Kommission Ethik und Recht der modernen Medizin vom 6. 9. 2005 (BTDr 15/5980).*

und ein

- *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« vom 11. 12. 2007 (BTDr 16/7000).*

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607000.pdf>.

Richtig interessant fand ich diese Berichte nicht.

Auch Anfragen von Fraktionen oder einzelnen Abgeordneten an die Regierung haben früher gelegentlich zu Berichten geführt. In der 10. Wahlperiode gab es Anfragen einer Gruppe von Abgeordneten der SPD nach der Geschäftsbelastung der Sozialgerichtsbarkeit, der Arbeitsgerichtsbarkeit und der ordentlichen Gerichtsbarkeit, auf die die Bundesregierung jeweils mit umfangreichen Statistiken geantwortet hat:

- *Geschäftsbelastung der Sozialgerichtsbarkeit, Drucksache 10/4592 vom 19. 12. 1985*
- *Geschäftsbelastung der Arbeitsgerichtsbarkeit, Drucksache 10/4593 vom 19. 12. 1985*
- *Geschäftsbelastung der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Drucksache 10/5317 vom 15. 4. 1986*

Die Antworten der Bundesregierung, Fleißarbeiten des Justizministeriums im Umfang von 900 Seiten, haben heute nur noch historisches Interesse. Ähnliche neuere Berichte dieser Art habe ich nicht gefunden. Ich habe aber auch nicht sehr gründlich gesucht.

b) Bundesregierung

- *Bericht der Bundesregierung 2009 zur Anwendung des Standardkosten-Modells und zum Stand des Bürokratieabbaus*

http://www.bundesregierung.de/nn_151820/Content/DE/Artikel/2009/12/2009-12-16-kabinett-buerokratieabbau.html

Solche Jahresberichte werden seit 2007 erstellt. Man muss sie zusammen sehen mit den Projektberichten des Nationalen Normenkontrollrats, der 2006 eingesetzt wurde.

<http://www.normenkontrollrat.bund.de/>

Das Statistische Bundesamt unterhält eine [Datenbank](#), die Informationspflichten der Wirtschaft aufzählt und nach dem sog. Standardkostenmodell bewertet. Ausgangspunkt der Messung von Informationspflichten der Wirtschaft ist der Stichtag 30.09.2006. Für alle Pflichten, die zu diesem Stichtag in Kraft waren, wurden die Bürokratiekosten ermittelt. Nach dem Stand vom 1. 9. 2009 waren es 11.636. Bürokratie war immer ein Thema der Rechtssoziologie.¹ Die Relevanz der Daten liegt auf der Hand. Das Thema ist durch die Ankündigung der Bundesregierung, es sollten nicht bloß die Informationskosten, sondern auch die operativen Kosten der Bürokratie gesenkt werden, noch aktueller geworden.

c) Bundesministerium der Justiz (BMJ)

Unter den Bundesministerien habe ich natürlich zuerst auf der Seite des Justizministeriums gesucht, jedoch mit mäßigem Erfolg. Das Bundesamt für Justiz ist für rechtstatsächliche Forschungsvorhaben zuständig, die es im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz beginnend mit Ausschreibung und Auftragsvergabe bis zur Vorlage des Forschungsberichts und dessen formellen Abnahme betreut. Auf der Internetseite des Amtes habe ich jedoch keine Hinweise auf durchgeführte Forschungen gefunden.

http://www.bundesjustizamt.de/cdn_101/nn_258430/DE/Themen/Forschung/Justizforschung/Justizforschung_node.html?nnn=true

d) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSF)

Ertragreicher ist die Suche auf der Internetseite des BMFSF.

- *Familienberichte*

Bis 2006 wurden auf Bundesebene sieben Familienberichte erstellt. Online verfügbar sind derzeit die Berichte 5-7. Sie bestehen aus der Darstellung eines unabhängigen Sachverständigengremiums und aus einer sich darauf beziehenden Stellungnahme der Bundesregierung.

<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=3112.html>

Neben Familienberichten auf Bundesebene, findet auch auf der Ebene der Bundesländer oder kommunal familienbezogene Sozialberichterstattung in Form von Familienberichten statt.

- *Kinder- und Jugendberichte*

Nach § 84 SGB VIII hat die Bundesregierung dem Parlament in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe vorzulegen. Bis 2009 wurden 13 Kinder- und Jugendberichte erstellt. Online verfügbar sind nur die jüngeren. Sie bestehen aus der Darstellung eines unabhängigen Sachverständigengremiums und aus einer sich darauf beziehenden Stellungnahme der Bundesregierung. Sie berichten über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Der Bericht enthält allerhand Daten, die aber meistens auch beim Statistischen Bundesamt verfügbar sind.

¹ Dazu zuletzt Nicolai Dose, Weshalb Bürokratieabbau auf die Dauer erfolglos ist, und was man trotzdem tun kann. In: Der moderne Staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 1, 2008, 99–120; Hans-Walter Forkel, Bürokratieabbau – warum er nicht funktionieren kann, ZRP 2009, 86 f.

- *Stand der Engagementforschung*

Der jüngste Fund ist ein »Monitor Engagement – Ausgabe Nr. 1 Nationaler und internationaler Stand der Engagementforschung (englisch)«, der von einer Forschungsgruppe des Wissenschaftszentrums Berlin präpariert wurde. Es handelt sich, wie der Titel sagt, nicht um eine empirische Untersuchung, sondern um eine Metastudie.

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/monitor-engagement-engl.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

e) *Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.*

- *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*

Nach § 6 Ab. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von 1963 hat der Sachverständigenrat 2009 sein 46. Jahresgutachten vorgelegt. Wenn man an Steuerungs- und Arbeitsmarktfragen interessiert ist, kann man aus diesen Berichten einigen Honig saugen. Aus dem jüngsten Bericht interessiert vielleicht ein Kapitel über die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Datenbasis ist eine Schwerpunktbefragung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zur Vermögenssituation aus dem Jahr 2007. Auf der Webseite des Sachverständigenrats

<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/>

werden auch nationale und internationale Zeitreihen ab 1970 angeboten.

f) *Bundesministerium des Innern*

- *Periodische Sicherheitsberichte der Bundesregierung*

2001 hat die Bundesregierung den Ersten Periodischen Sicherheitsbericht (1. PSB)² vorgelegt. Beabsichtigt war eine systematische, breit gefächerte Aufarbeitung und Analyse des vorhandenen Datenmaterials unter kriminologischen, soziologischen, rechtswissenschaftlichen und statistischen Aspekten. Verantwortlich zeichneten das Bundesinnenministerium und das Bundesjustizministerium. Erstellt wurde der Bericht des Bundeskriminalamts, des Statistischen Bundesamts, der Kriminologischen Zentralstelle und fünf Wissenschaftlern³, von denen vier auch in der Rechtssoziologie bekannt sind. Wie schon der Name sagt, war der Bericht auf Wiederholung angelegt. Fünf Jahre nach Veröffentlichung des Auftaktberichts folgte 2006 der Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht.

<http://www.bmj.bund.de/files/-/1485/2.%20Periodischer%20Sicherheitsbericht%20Langfassung.pdf>

Zum Innenministerium gehört das Statistische Bundesamt. Dort gibt es die

- *Justizstatistik.*

Das ist altbekannt. Seit 2001 kann man die kompletten Justizstatistiken herunterladen, ebenso jetzt auch das komplette

- *Statistische Jahrbuch 2009*

(mit den Zahlen von 2008). Ich habe den Eindruck, dass in den 1970er und 1980er Jahren in der Rechtssoziologie viel mehr von der Justizstatistik Gebrauch gemacht wurde. Bemerkenswert ist vielleicht, dass das Amt auch selbst Auswertungen der Justizstatistiken anfertigt und ins Netz stellt. Da gibt es insbesondere die Veröffentlichung

- *Justiz auf einen Blick*

² Kurzfassung: <http://www.bmj.bund.de/files/-/368/periodischer%20Sicherheitsbericht%202001%20KURZ.pdf>. Die Langfassung kann in vier Teilen von der gleichen Seite heruntergeladen werden.

³ Prof. Dr. Roland Eckert, Prof. Dr. Wolfgang Heinz, Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Prof. Dr. Karl F. Schumann und Prof. Dr. Peter Wetzels.

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Broschueren/JustizBlick,property=file.pdf>

einen mit Tabellen, Grafiken Bildern und Kommentaren versehenen Auszug aus der Justizstatistik, der sich zwar an das allgemeine Publikum richtet, aber als Einstieg auch für die Rechtssoziologie hilfreich ist, mindestens als Unterrichtsmaterial für die Vorlesung. Richtig interessant wird die Justizstatistik erst, wenn man sie in Zeitreihen darstellen und verschiedene Zeitreihen vergleichen kann. Da muss man aber doch noch selbst erheblich arbeiten.

Auf der Seite des Ministeriums selbst gibt es die

- *Polizeiliche Kriminalstatistik*

zuletzt für 2008.

<http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/541740/publicationFile/26703/PKS2008.pdf>

Besser ist aber das Angebot der Kriminalstatistik, rückwärts ab 1997 und mit Zeitreihen zurück bis 1987 auf der Seite des Bundeskriminalamts. Dort finden sich auch

- *Lageberichte zu IuK-Kriminalität, Kfz-Kriminalität, Korruption, Menschenhandel, Organisierter Kriminalität, Rauschgiftkriminalität, Waffenkriminalität und Wirtschaftskriminalität.*

<http://www.bka.de/>

Im Internetangebot des Bundesamtes für Verfassungsschutz sind die

- *Verfassungsschutzberichte*

seit dem Jahr 2003 zu finden, ferner Publikationen zum Rechtsextremismus, Linksextremismus, Wirtschaftsspionage und Terrorismusbekämpfung.

<http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/>

Über eine Landkarte mit Links findet man weiter zu den Ländern, die ihrerseits Berichte anbieten.

g) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Verbraucherschutz war und ist ein Thema der Rechtssoziologie, und dazu wird man bei diesem Ministerium fündig mit Untersuchungen über Scoringssysteme zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit. Zunächst stößt man aber auf den

- *Verbraucherpolitischen Bericht 2008 der Bundesregierung.*

Der ist voller Bilder, aber ziemlich datenfrei.⁴ Um so interessanter ist der Bericht

- *Verbraucherinformation Scoring*

<http://www.bmelv.de/cae/servlet/contentblob/638114/publicationFile/53569/Scoring.pdf>

Der Bericht wurde von der GP Forschungsgruppe, bestehend aus Dieter Korczak und Michael Wilken erstellt. 100 Testpersonen forderten bei vier Kreditschutzorganisationen, allen voran der Schufa, eine Selbstauskunft an. Die Auswertung zeigt, dass die Qualität der Auskünfte dürftig ist. Der Bericht belegt, dass die einbezogenen Auskunftsteilen die Verbraucherdaten im Umfang von bis zu 45 Prozent fehlerhaft gespeichert haben. Er weckt aber auch erhebliche Zweifel, dass die Datenbasis überhaupt eine für die Empfänger objektiv nützliche Bonitätseinschätzung ermöglichen. Beim Scoring geht es ja immerhin um ein massives Labeling, von dem heute zunehmend nicht nur das Ob einer Kreditgewährung, sondern auch die Höhe der Zinsen abhängt.

⁴

http://etracker.zadi.de/lnkcnt.php?et=k3K&url=http%3A%2F%2Fwww.bmelv.de%2Fcln_172%2Fcae%2Fservlet%2Fcontentblob%2F376152%2FpublicationFile%2F22851%2FVerbraucherpolitischenBericht.pdf&lnkname=VerbraucherpolitischenBericht

Vom BMVEL führt der Themenzusammenhang auf die Landesebene, denn das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) hat im Auftrag des Ministeriums den Bericht

- *Scoringssysteme zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit – Chancen und Risiken für Verbraucher*
erstellt: <https://www.datenschutzzentrum.de/scoring/>.

Weiter zu diesem Thema unten bei der GP-Forschungsgruppe.

h) Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Dieses Ministerium ist für einen Bereich verantwortlich, der politisch und medial viel Aufmerksamkeit auf sich zieht und der auch von den Sozialwissenschaften immer wieder behandelt wird. Die Erwartung, hier einschlägige Berichte zu finden, wird nicht enttäuscht. Unter den auf der Internetseite des Ministeriums angebotenen Publikationen finden sich vor allem die periodisch erneuerten Behinderten- und Sozialberichte.

Der Behindertenbericht füllt eine Broschüre von 120 Seiten Umfang. Er dokumentiert, wie der Bundesminister für Arbeit und Soziales in seinem Vorwort schreibt, die Verbesserungen für die Lebenssituation behinderter Menschen während der letzten Wahlperiode. Inhaltlich geht es um eine ausführliche Darlegung der Rechtslage unter Einschluss von Europarecht und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die Zahl der behinderten Menschen weltweit wird mit 650 Millionen angegeben, davon rund 8 Millionen in Deutschland. Weitere Zahlen, die angeboten werden, stammen vom Statistischen Bundesamt. Wenn man mit dem Gesamtbereich der Behinderten nicht vertraut ist, dann kann der Bericht als Einführung dienen. Aber wirklich spannend fand ich ihn nicht.

- *Behindertenbericht 2009*
http://www.bmas.de/portal/3524/property=pdf/a125_behindertenbericht.pdf

Das gilt auch für den

- *Sozialbericht 2009*
http://www.bmas.de/portal/33916/property=pdf/a101-09_sozialbericht_2009.pdf

Zum Umfeld des Ministeriums gehört das Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB), das eine Einrichtung der Bundesagentur für Arbeit ist. Auch dessen Forschungsberichte findet man unter den vom Ministerium angebotenen Publikationen. Ganz neu (vom Januar 2010) und wegen der jüngsten Veränderungen am Arbeitsmarkt doch schon nicht mehr aktuell ist der

- *Forschungsbericht des IAB zum Thema Arbeitnehmerüberlassung, Endbericht*
http://www.bmas.de/portal/41558/f397_arbeitnehmerueberlassung.html

Es folgen weitere Forschungsberichte des IAB:

- *Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund - Abschlussbericht*
http://www.bmas.de/portal/39948/property=pdf/f395_forschungsbericht.pdf

Von den älteren Berichten des IAB will ich nur noch einen erwähnen, nämlich den

- *Endbericht - Evaluation der Experimentierklausel nach § 6c SGB II.*

Das Thema, nämlich die Organisation der Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, ist immer noch offen. Das IAB selbst geizt zwar mit Open Access. Doch einige Fundstücke sind auch auf seiner Webseite zu verzeichnen, vielleicht das interessanteste über die Frauenbeschäftigung in deutschen Betrieben aus dem Jahre 2008. Eine

- *Tabelle zur Entwicklung aller Komponenten der Arbeitszeit*

hat das IAB unter <http://doku.iab.de/grauepap/2009/tab-az09q3.pdf> veröffentlicht. Vor allem aber ist die vom IAB herausgegebene

- *Zeitschrift für Arbeitsmarkt Forschung*

online zugänglich: <http://ideas.repec.org/s/iab/iabzaf.html>.

i) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Legal Development – Entwicklungshilfe durch Recht – war und ist ein großes Thema der Rechtssoziologie, das durch den fortschreitenden Prozess der Globalisierung immer wieder auf die Tagesordnung kommt. Relevant sind deshalb etwa die vom Ministerium veröffentlichten

- *Evaluierungsberichte.*

<http://www.bmz.de/de/service/infothek/evaluierung/BMZEvaluierungsberichte/index.html>

Für die Ressortforschung wird auf das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik verwiesen. Dort findet man ein großes und interessantes Angebot von Publikationen. Mehrere waren hilfreich bei der Diskussion der international vergleichenden Standort-Rankings, die im Anschluss an diese Aufzählung von Berichten folgen soll, darunter:

- *von Drachenfels, Christian / Tilman Altenburg / Matthias Krause, Seven theses on doing business, 2008.*

[http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ANES-7VSG3L?Open&nav=expand:Publikationen;active:Publikationen\ANES-7VSG3L](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-7VSG3L?Open&nav=expand:Publikationen;active:Publikationen\ANES-7VSG3L)

j) Bundesministerium für Bildung und Forschung

Beim Bundesministerium für Bildung und Forschung findet man natürlich die internationalen Vergleichsstudien zu den Schulleistungen (PISA, IGLU und TimSS). Aber deren rechtssoziologische Relevanz steht in umgekehrten Verhältnis zu ihrer Prominenz.

2) Stiftungen, Markt- und Meinungsforschungsinstitute

Stiftungen, Markt- und Meinungsforschungsinstitute und andere NGOs habe ich einbezogen, wenn und soweit sie vom Staat finanziert werden, mehr oder weniger von Aufträgen der öffentlichen Hand leben oder nicht nur ausnahmsweise rechtsrelevante Themen bearbeiten. Neben der Bertelsmann-Stiftung geht es um die Parteien-Stiftungen sowie um Meinungsforschungsinstitute.

a) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

- *Sozioökonomisches Panel*

Die wichtigste Datenquelle liefert wohl das Sozioökonomische Panel, eine Wiederholungsbefragung bei 12.000 Privathaushalten in Deutschland, die seit 1984 jedes Jahr wiederholt wird. Inzwischen gab es 25 Befragungswellen.⁵ Das Panel ist beim Deutschen Institut für Wirtschaft in Berlin angesiedelt und steht unter der Leitung von Gert G. Wagner. Die Feldarbeit erledigt wohl Infratest. Die Daten stehen allen Wissenschaftlern zur Verfügung. Veröffentlichungen, die auf den Daten des SOEP basieren, sind vor allem in der Zeitschrift für Soziologie zu finden. Auf der Webseite des DIW wird eine lange Reihe von Auswertungen in sog. SOEP-Papers angeboten, die 1995 beginnt. Hier nur ein Beispiel für deren rechtssoziologische Relevanz:

Matthias Keese, Triggers and Determinants of Severe Household Indebtedness in Germany
http://ideas.repec.org/p/diw/diwsop/diw_sp239.html

Abstract: Overindebted private households have created economic and political concern. Using measures of relative (over-) indebtedness which relate household income and debt services to different concepts of subsistence levels, this paper investigates whether severe household indebtedness is driven by trigger events such as unemployment, childbirth, divorce, or the death of the partner. Exploiting the panel structure of the German Socio-Economic Panel (SOEP), the results suggest that children are likely to cause severe household indebtedness. Unemployment also worsens the relative debt situation mainly due to the associated income drop. Strokes of fate have no direct effect

⁵ Jürgen Schupp, 25 Jahre Sozio-oekonomisches Panel - Ein Infrastrukturprojekt der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung in Deutschland, Zeitschrift für Soziologie 38, 2009, 350-357.

but if they come along with changes in household composition, the associated income shock increases the financial fragility of the household. Furthermore, a main determinant of relative overindebtedness is a home loan which raises doubts about whether families are indeed able to manage their housing finance.

b) Bertelsmann-Stiftung

Eine Sonderstellung nimmt in Deutschland die Bertelsmann-Stiftung ein. Sie mischt sich in jeder erdenklichen Weise in das politische Geschäft. Bekannt geworden ist sie etwa durch ihren Einsatz für eine Verwaltungsreform mit Hilfe des Neuen Steuerungsmodells und für ihr Hochschulranking. Dafür hat die Bertelsmann Stiftung bereits 1994 eine Tochtergesellschaft gegründet, das gemeinnützige Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH. Aus der großen Zahl der Untersuchungen und Berichte will ich nur einige Beispiele anführen um zu zeigen, dass auch hier relevantes Material für die Rechtssoziologie zu finden sein könnte.

- *Transformationsindex (BTI)*

<http://www.bertelsmann-transformation-index.de/>

Hier die Selbstbeschreibung:

»Der Transformationsindex (BTI) ist ein weltweites Messinstrument, das politischen Akteuren und der internationalen Öffentlichkeit Orientierung über den Entwicklungsstand und die Qualität des Managements bietet. Der BTI analysiert und bewertet Entwicklungs- und Transformationsprozesse in 128 Staaten.

Ranking: Der Transformationsindex (BTI) richtet sich in seiner Bewertung nach der Zielvorstellung einer konsolidierten marktwirtschaftlichen Demokratie. Er beurteilt einerseits den Stand der rechtsstaatlichen Demokratie und sozial verantwortlichen Marktwirtschaft eines Landes. Andererseits bewertet der BTI - unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Rahmenbedingungen - wie konsequent und zielsicher die politischen Akteure in den einzelnen Staaten Reformvorhaben umsetzen konnten. Die erhobenen quantitativen Daten des BTI werden im Status-Index sowie im Management-Index zusammengefasst.«

Der Index wird alle zwei Jahre neu erstellt. Die jüngste Ausgabe ist von 2010. Dazu gibt es Länderberichte und einen Transformationsatlas, der die Ergebnisse visualisiert.

Der Transformationsindex erfasst nur die sog. Transformationsländer. Mit den OECD Staaten beschäftigen sich nach dem gleichen Muster die

- *Sustainable Governance Indicators (SGI)*

In der Selbstbeschreibung⁶ heißt es:

»Mithilfe qualitativer und quantitativer Daten messen die SGI in allen 30 OECD-Staaten deren aktuellen Reformbedarf in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und untersuchen zugleich die Fähigkeit ihrer Regierungen, drängende Probleme anzupacken und Lösungsstrategien erfolgreich umzusetzen.«

Dieser Index wurde erstmals 2009 vorgestellt und soll gleichfalls alle zwei Jahre erneuert werden.

Ganz interessant finde ich eine Studie, die 2007 unter dem Titel

- *Wer regiert die Welt?*

veröffentlicht wurde. Es handelt sich um die Wiederholung einer Meinungsumfrage in Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Japan, Russland und USA. Insgesamt wurden für diese Studie, die von Emnid koordiniert wurde, 8.999 Personen befragt. Die erste Frage lautete: Über welche Eigenschaften muss Ihrer Ansicht nach eine Weltmacht verfügen? Nennen Sie die drei wichtigsten Eigenschaften! Dazu wurden sieben Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Aus dieser und weiteren Fragen bekommt man eine Idee, wie sich die Menschen in verschiedenen Ländern die Verfassung der Weltgesellschaft vorstellen.

⁶ Youtube-Film: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-70034D86-33F95CA9/bst/hs.xsl/media_93297.htm.

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-70034D86-33F95CA9/bst/hs.xsl/media_93297.htm

c) **Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS)**

GESIS spielt auf deutscher Seite eine wichtige Rolle bei den erstaunlich zahlreichen international vergleichenden Meinungsumfragen. Weiter unten werde ich das Eurobarometer, die European Value Studies und den World Value Survey erwähnen. Auf der Webseite findet man eine Auflistung von annähernd 70 periodisch wiederholten länderübergreifenden Meinungsumfragen:

- *Tabular History of International Comparative Survey Research Projects*

<http://www.gesis.org/en/services/data/portals-links/comparative-survey-projects/>

Ferner findet man Verweisungen auf drei Anbieter von internationalen Daten und schließlich noch eine Seite über weitere »data in the web«.

<http://www.gesis.org/en/services/data/portals-links/>.

d) **Meinungsforschungsinstitute**

In Deutschland gibt es, je nachdem wen man zählt, etwa zehn Meinungsforschungs-, Markt- und Sozialforschungsinstitute, die Auftragsarbeiten durchführen, teils für die Politik, teils für die Medien, teils für die Wirtschaft. Alle bieten sie über ihre Internetseiten und teilweise auch in gedruckter Form Datenmaterial an.

- TNS Infratest Sozialforschung GmbH

Auf der Seite von Infratest gibt es den im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erstellten

- *Monitoring-Report Deutschland Digital*

https://www.tns-infratest.com/monitoring-deutschland-digital/anforderung_monitoring_deutschland_digital.asp

- Emnid

- CES Ifo: <http://www.cesifo-group.de/> . Auf dieser Seite wird die CES Ifo Working Papers Serie angeboten (auch auf SSRN zu finden) . Daraus zwei Beispiele: Nr. 623: Hans Werner Sinn, The New Systems Competition, Dezember 2001 (werde ich unten zitieren); Nr. 2786: Danziger, Leif: Noncompliance and the Effects of the Minimum Wage on Hours and Welfare in Competitive Labor Markets, September 2009-

- Forschungsgruppe Wahlen

http://www.fgw-online.de/Umfragen_und_Publikationen/Archiv_weitere_Umfragen/

Die Forschungsgruppe arbeitet hauptsächlich für die ARD, aber in größerem Umfang auch für die Bertelsmann Stiftung. Hier gab es 2009 eine Umfrage über Demokratie und Integration, die im Auftrage der Bertelsmann Stiftung angefertigt wurde.

Eine hübsche Besonderheit sind die Umfragen für einen qualifizierten Mietspiegel in Heidelberg 2003 und 2007.

http://www.fgw-online.de/Umfragen_und_Publikationen/Archiv_weitere_Umfragen/Mietspiegel_2007/

- GfK: <http://www.gfk.com/group/index.de.html>

- Institut für Demoskopie Allensbach: <http://www.ifd-allensbach.de/>

Leider endet die Veröffentlichung der Allensbacher Jahrbücher der Demoskopie (früher Jahrbuch der öffentlichen Meinung), die 1956 mit Bd. 1 begann, vorläufig mit Band 11 von 2002.

- Infas: <http://www.infas.de/>

Infas nennt unter seinen Arbeitsbereichen unter dem Obertitel Sozialforschung auch die Rechtsforschung. Und in der Tat gibt es in der Aufzählung der durchgeführten Untersuchungen einige, die unmittelbar rechtssoziologisches Thema haben, z. B. »Unordnung und Kriminalität im Stadtteil«, »Gewalt gegen Frauen«. Dazu kommen einige Gesetzevaluationen, insbesondere der Hartz-Reformen.

Im Auftrag des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen in Mannheim führte das Infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH von Februar bis September 2002 die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 2002) zum Thema »Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland« durch.⁷ Infas ist sehr sparsam mit open access. Infas hat auch den deutschen Teil des World Value Survey 2005/2006 übernommen

- (European Value Studies: <http://www.europeanvalues.nl/>).

Im Auftrag der School of Humanities and Social Sciences an der International University of Bremen (IUB) führte Infas die repräsentative Face-to-Face-Erhebungen für den deutschen Teil der Weltwertestudie 2005/2006 durch. Das Projekt ist eine Fortsetzung einer seit 1981 international angelegten Zeitreihe mit Erhebungen, die inzwischen weltweit in über 50 Ländern stattfinden. Ziel des Projekts ist eine Bestandsaufnahme des Wertewandels in postindustriellen Gesellschaften. Vergleichsdaten über die Länder ermöglichen es, Zusammenhänge zwischen nationalen Wertedynamiken und institutionellen Veränderungen aufzuzeigen. Vor diesem Hintergrund ist der Fragebogen für die einzelnen Erhebungen in den Ländern weitestgehend identisch vorgegeben.

- Inra: <http://www.inra.at/>

Inra ist ein österreichisch-französisches Marktforschungsunternehmen. Einschlägig ist dort allenfalls eine Studie zur Arbeitszufriedenheit.⁸

- Marplan: <http://www.marplan.de/deutsch/home.asp>

Dort gibt es unter anderem eine Zielgruppenforschung »Ausländer in Deutschland«. Es gibt aber keinen open access zu konkreten Studien.

- Polis + Sinus Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung: <http://www.polis-forschung.de/>

Das Themenspektrum ist einschlägig. Dazu gehören Evaluation von Programmen und Maßnahmen, Analysen von politischer Kommunikation, Analyse von gesellschaftlichen Prozessen. Ein Downloadangebot gibt es nicht.

- GP-Forschungsgruppe

Sie nennt sich auch Institut für Grundlagen- und Programmforschung. Von diesem Institut stammt die vom BMELV in Auftrag gegebene Studie zum Verbraucherscoring. Wenn man sich auf der Webseite der Forschungsgruppe umsieht, findet man dort eine Studie von 2008 »Scoring im Praxistest: Aussagekraft und Anwendung von Scoringverfahren in der Kreditvergabe und Schlussfolgerungen«, mit der sich die Forschungsgruppe, bestehend aus *Dieter Korczak* und *Michael Wilken*, für die Verbraucherinformation Scoring qualifiziert hatte. Diese Studie war im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e.V. erstellt worden. Aus diesem Bericht habe ich u. a. ein neues Erhebungsverfahren kennengelernt, das mir bisher, jedenfalls unter diesem Namen nicht geläufig war, das Mystery Shopping (Scheinkäufe). Rechtssoziologie kann diese Berichte in verschiedenen Zusammenhängen als empirische Belege nutzen, etwa wenn man Verbraucherverschuldung als Labelingprozess beschreibt, wenn man von der Sozialdisziplinierung durch Ökonomisierung redet, wenn es um die Frage diskriminierender Risikogruppenbildung geht oder wenn man sich mit Anwendungen der Prinzipal-Agenten-Theorie befasst. Ökonomen sehen im Scoringverfahren die Möglichkeit, eine asymmetrische Verteilung von Informationen zwischen Anbieter und Nachfrager abzubauen. Das Minimum an Kritik aus der Sicht nachfragender Verbraucher ist dann wohl die Feststel-

⁷ Im Internet verfügbar ist nur der Methodenbericht zur Hauptstudie unter <http://www.infas.de/fileadmin/Studien-Publikationen/ALLBUS2002.pdf>.

⁸

<http://www.mafo.at/content/download/2079/12400/version/1/file/Studie%20Burnout%20und%20Bindung%20research-team.at%202002.pdf>

lung, dass durch das Scoring eine neue Informationsasymmetrie entsteht, weil für die Verbraucher Informationen, auf die sich die Anbieter stützen, unzugänglich bleiben.

Außerdem ist mir ein Bericht für das Umweltbundesamt über »Nachhaltigkeitsmarketing«⁹ aufgefallen. Gleichfalls im Auftrag des Umweltbundesamtes gibt es eine »Untersuchung der Beiträge von Umweltpolitik sowie ökologischer Modernisierung zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland und Weiterentwicklung des Konzepts der Ökologischen Gerechtigkeit«. Verfügbar unter <http://www.gp-f.com/de/mi.php?#>

- GfK: <http://www.gfk.com/>

Die Gesellschaft für Konsumforschung bezeichnet sich als eines der größten Marktforschungsinstitute der Welt. Hier überwiegt die Marktforschung. Und wie nicht anders zu erwarten, werden auf der Webseite nur Kurzinformationen nach Art von Pressemitteilungen angeboten.

e) *Parteienstiftungen*

[nur Erinnerungsposten]

III. Einzelne Berichte Europa

1) *Europäische Union*

Die EU bereitet ihre politischen Vorstöße oft durch Sozialforschung vor. In der Rechtssoziologie ist immerhin das Eurobarometer angekommen. Die EU bietet ihr umfangreiches Dokumentenarchiv an, das ich nur flüchtig auf relevante Berichte durchgesehen habe.

Interessante Forschungsberichte findet man auf der Seite Research – Socioeconomic Sciences and Humanities. Hier zwei Beispiele:

- *DEMOCRATIC VALUES: Value Systems of the Citizens and Socio-Economic Conditions - Challenges from Democratisation for the EU-Enlargement (2007). Final Project Report. European Commission.*

http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/democratic-values-final-report_en.pdf

- *NEIGHBOURHOOD GOVERN: Neighbourhood Governance - Capacity for Social Integration (2007). Final Project Report. European Commission.*

http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/neighbourhood-govern-final-report_en.pdf

Die üppige Reihe mit Forschungsberichten reißt jedoch 2008 ab.

Eine Broschüre »Towards greater corporate responsibility – Conclusions of EU-funded research« fasst die Ergebnisse der sozio-ökonomischen Forschungsprojekte innerhalb des 6. Forschungsrahmenprogramms zum Thema »Corporate Social Responsibility« zusammen.

http://ec.europa.eu/research/social-sciences/policy-review_en.html

Angeboten werden an anderer Stelle die sog.

- *Grünbücher und Weißbücher,*

die etwa seit 1995 online sind.

http://europa.eu/documentation/official-docs/index_de.htm

Sie enthalten zwar in der Regel keine Daten, bieten aber doch kurzgefasste Situationsbeschreibungen und Problemaufrisse, die manchmal nützlich sein können. Für Statistiken und Meinungsumfragen wird man zu Eurostat und Eurobarometer weitergeleitet.

⁹ Hannah Bütner/Dieter Korczak, Nachhaltigkeitsmarketing: Neue Ansätze, die die Anschlussfähigkeit an gesellschaftliche Kräfte herstellen, 2009, verfügbar unter <http://www.gp-f.com/de/mi.php?#>.

2) *Eurostat*

Eurostat ist das Statistikamt der EU. Unmittelbar rechtssoziologisch relevante Statistiken habe ich nicht gefunden. Brauchbar ist für manchen aber vielleicht die Broschüre

- *Combating poverty and social exclusion (2010 edition). A statistical portrait of the European Union 2010*

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-EP-09-001/EN/KS-EP-09-001-EN.PDF

3) *Eurobarometer*

Das allgemeine Eurobarometer ist eine Meinungsumfrage, die von der europäischen Kommission in jedem Jahr in allen 27 Mitgliedsländern veranstaltet wird. Typisch rechtssoziologische Fragen sind solche nach dem Vertrauen in die Europäischen Institutionen (Kommission und Parlament). Die Datensätze und alles was dazugehört, sind zum Teil über die GESIS erhältlich.

- *Civil Protection*

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_328_en.pdf

Hier geht es um die Risikowahrnehmung hinsichtlich Sturm und Überschwemmungen, Erdbeben, Industrieunfälle usw. und weiter um die Frage, ob die EU genug unternahme, um vor solchen Desastern zu schützen.

- *Attitudes of Europeans Towards Corruption:*

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_325_en.pdf

Hier werden die Probanden gefragt, ob sie Korruption in ihrem Land für ein größeres Problem halten. Die Prozentzahlen schwanken erwartungsgemäß zwischen 22 % in Dänemark und 97 % in Bulgarien. Zwischen 2007 und 2009 gab es in vier Ländern eine Zunahme im zweistelligen Bereich. Interessant scheint mir, dass der Bericht sie in allen Fällen auf ganz bestimmte in der Zwischenzeit medienwirksame Skandale zurückführen kann. Neun Prozent der Befragten berichten, dass sie selbst in den letzten zwölf Monaten Opfer korruptiver Forderungen gewesen seien. Der Bericht hält diese Zahl für niedrig. Ich halte sie für sehr hoch.

- *Special Eurobarometer 292: Civil Justice in the European Union, 2007*

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_292_en.pdf

In dieser Studie geht es allein um die Erfahrungen und Erwartungen der Europabürger mit dem und an den Rechtsschutz in einem anderen als dem Heimatland. Naturgemäß hatte kaum einer der Befragten (2 %) eigene Erfahrungen mit der Justiz in einem fremden Land und die meisten (83 %) rechneten auch nicht damit, dass sie jemals solche Erfahrungen machen würden. Aus den Antworten hat man ein bißchen das Gefühl, dass das Vertrauen in die Justiz anderer Länder größer ist, wenn die Justiz im eigenen Land nicht funktioniert. Aber leider hat man nicht gefragt, wie denn die Zugangsmöglichkeiten im eigenen Land eingeschätzt werden. Dieses wie viele andere Eurobarometer dienen ganz deutlich dem Zweck, der EU zu bestätigen, dass es auf europäischer Ebene Handlungsbedarf gibt.

- *Special Eurobarometer 316: European employment and social policy*

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_316_en.pdf

- *Special Eurobarometer 317: Discrimination in the EU 2009*

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_317_en.pdf

Das ist bereits die dritte Umfrage zum gleichen Thema. Damit bestätigt sich die EU die Erfolge ihrer Politik. Das zentrale Ergebnis lautet: Alles in allem haben die Befragten den Eindruck, dass Diskriminierung wegen des Geschlechts, wegen der sexuellen Orientierung, Behinderung, Religion, ethnischer Zugehörigkeit und Alter in den letzten fünf Jahren weniger geworden sei.

- *Special Eurobarometer 318: Development Aid in times of economic turmoil*

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_318_en.pdf

- *Special Eurobarometer 319: Air Passengers' Rights*

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_319_en.pdf

4) **European Commission for the Efficiency of Justice des Europarats**

Der Europarat unterhält seit 2002 eine Commission for the Efficiency of Justice. 2005 erschien ein erster großer Bericht über Zustand der Justiz in den 47 Mitgliedsstaaten, der auf Daten aus 2002 beruhte.

- *European Judicial Systems*

Der zweite Bericht dieser Art ist 2006 erschienen¹⁰, und er stützt sich auf Daten aus dem Jahre 2004, der dritte 2008 mit Daten aus 2006¹¹. Die Menge der Daten, die auf 334 Seiten mitgeteilt wird, ist schon bemerkenswert. Aufgefallen sind mir die Daten über die Ausgaben von 45 Ländern für ihre Justiz, untergliedert nach Gerichten, Strafverfolgung und Rechtshilfe, und jeweils in ein Verhältnis gesetzt zum Bruttosozialprodukt und zur Einwohnerzahl. Leider fehlen in einigen Tabellen Angaben für Deutschland. Natürlich werden auch die Zahlen für eingehende und anhängige Gerichtsverfahren dargestellt. Da sind mir in Tabelle 35 auf S. 132 die Zahlen über eingegangene und erledigte Gerichtsverfahren je 100.000 Einwohner in Deutschland und den Niederlanden aufgefallen. Deutschland liegt mit 1.342 Eingängen im Mittelfeld. Dass im gleichen Zeitraum 1.929 Fälle erledigt worden sein sollen, macht mich allerdings skeptisch, denn normalerweise halten sich Eingänge und Erledigungen einigermaßen auf gleicher Höhe. Die Niederlande sind dagegen mit 5.777 Eingängen und 5.819 Erledigungen einsame Spitze. Bemerkenswert sind diese Zahlen im Hinblick auf Blankenburgs Untersuchungen zur Rechtskultur in Deutschland und den Niederlanden. Ganz interessant die Tabelle 100 auf S. 203 f. mit Angaben zu Disziplinarmaßnahmen gegen Richter. Aus Deutschland werden 25 Fälle berichtet, aus Italien 51 und aus den Nachfolgestaaten der UdSSR und der aus der Türkei ein Mehrfaches. Die Anwaltsdichte ist in Griechenland am höchsten, nämlich mit 342 je 100.000 Einwohner doppelt so hoch wie in Deutschland, und wenn man die Zahl der Anwälte zur Zahl der Richter ins Verhältnis setzt, kommt fast der gleiche Abstand heraus, nämlich 12,01 Anwälte je Richter in Griechenland und 6,86 Anwälte je Richter in Deutschland. Diese Verhältniszahl liegt in Italien und Spanien sogar über 26.

Kaum weniger interessant ist eine Untersuchung über die Verfahrenslänge, die nach der Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs als übermäßig anzusehen ist. Sie wurde 2006 von der französischen Richterin Françoise Calvez für die CEPEJ angefertigt.¹²

- *Length of Court Proceedings in the Member States of the Council of Europe Based on the Case Law of the European Court of Human Rights (o. J.)*

http://www.coe.int/t/dghl/cooperation/cepej/Delais/Calvez_en.pdf

Daran wird nicht nur die Rechtsprechung dargestellt, sondern es werden auch Fristen genannt und Gründe für die Verfahrensverzögerung angegeben. Insgesamt werden elf verschiedene Untersuchungen angeboten. Hinweisen will ich noch auf die Untersuchung Nr. 8, die sich mit der Durchsetzung von Gerichtsentscheidungen in Europa befasst.

¹⁰ <https://wcd.coe.int/ViewBlob.jsp?id=1044229&SourceFile=1&BlobId=1150249&DocId=1019700>. Dazu gab es auf der Tagung der Law & Society Association in Las Vegas ein Paper, das ich noch nicht kenne: Albers, Pim. European Judicial Systems: A Comparison of 40 Member States of the Council of Europe--the Role of the CEPEJ. Der Autor war wohl an der Bearbeitung des Berichts beteiligt.

¹¹

<https://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=1041073&SecMode=1&DocId=1314568&Usage=2>

¹² Length of Court Proceedings in the Member States of the Council of Europe Based on the Case Law of the European Court of Human Rights (o. J.), http://www.coe.int/t/dghl/cooperation/cepej/Delais/Calvez_en.pdf.

- *Enforcement of Court Decisions in Europe*

http://www.coe.int/t/dghl/cooperation/cepej/series/Etudes8Execution_en.pdf.

Die Studie ist verfasst von einer Arbeitsgruppe an der Universität Nancy und einem Schweizer Institut für Rechtsvergleichung.

5) *European Values Study Foundation*

Bei der [European Values Study](#) (EVS) handelt es sich um eine umfangreiche, transnationale empirische Langzeitstudie, die in Verantwortung der European Values Study Foundation durchgeführt wird, um Aufschluss über den Wertewandel zu erhalten. Bisher gab es drei Befragungswellen. Die erste (1981) erstreckte sich auf 16 Länder und umfasst die zentralen Lebensbereiche: Arbeit und Freizeit, Familie und Sexualität, Religion, Politik und Ethik. Die zweite Welle von 1990 erstreckte sich auf 29 Länder. Von der dritten Welle 1999/2000 wurden 33 Länder erfasst. Thematisch wurde die Umfrage auf die Themen Solidarität, soziales Kapital, Demokratie und Arbeitsethik, erweitert. Die Daten können über den GESIS Online Study Catalogue ZACAT (<http://zacat.gesis.org/webview/index.jsp>) abgerufen werden. Aus den EVS hat sich bald der World Value Survey entwickelt. An dieser Ausdehnung war wohl Ronald Inglehart führend beteiligt.

IV. **Einzelne Berichte international**

Die Berichte, um die es geht, sind in doppeltem Sinne international. Sie sind erstens von einer internationalen Institution veranlasst worden und es handelt sich zweitens durchweg um internationale Vergleichsstudien. Sie enden fast immer in irgend einer Weise mit einem Ranking (oder Rating?). Man könnte hier auch an Studien wie PISA oder TIMSS denken. Ich ordne die Berichte hier nach den verantwortlichen Institutionen, und zwar nach IGOs (International Governmental Organisations) und INGOs (International Non-Governmental Organisations).

1) *Berichte von IGOs (International Governmental Organisations)*

a) *National Human Development Report Unit*

Sehr bekannt sind die

- *Human Development Reports*

der UNO, die für zur Zeit 182 Länder der Welt ein Ranking und Rating nach ihrem Entwicklungsstand bieten. Bei der ersten Information hilft der Wikipedia Artikel über den Human Development Index (HDI). Für die Rechtssoziologie ist er nicht unmittelbar relevant.

b) *UNO Commission on Legal Empowerment of the Poor*

Es handelt sich um eine Kommission unter dem Dach des United Nations Development Programme (UNDP) in New York. Vorsitzende waren die ehemalige amerikanische Außenministerin Madeleine Albright und der peruanische Ökonom Hernando de Soto. 2008 hat die Kommission einen zweibändigen Bericht abgeliefert:

- *Making the Law Work for Everyone*

<http://www.undp.org/legalempowerment/report/index.html>

[Für Folie Grafik von S. 27].

Der erste Band mit seinen 96 Seiten ist mit vielen Bildern und buntem Design wie eine Public-Relations-Broschüre aufgemacht. Man kann ihn wie ein Management Summary lesen. Als solches bietet er klare Kernaussagen und darüber hinaus ganz interessante Hinweise und Inhalte. Die dramatische Basisaussage: Vier Milliarden Menschen haben keinen Zugang zum Recht. Bei den meisten von ihnen beginnt das Problem schon damit, dass sie keine legale Existenz haben, keinen amtlich registrierten Namen und folglich keinen Ausweis. Es fehlt damit die rechtliche Identität, an die der rechtliche Schutz von Eigentum und Vertragsrechten anknüpfen kann. Der zweite Teil

mit seinen 353 Seiten ist nüchterner im Stil eines wissenschaftlichen Gutachtens gehalten. Es wird viel Literatur ausgewertet, und es werden illustrative Einzelbeispiele herangezogen. Aber es gibt keine systematische Datenerhebung.

c) United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute (UNICRI)

Seit 1989 gibt es den International Crime Victims Survey. Mit der ersten Befragungswelle wurden 14 Industrieländer erfasst. 2004/2005 wurden 30 Länder und zusätzlich 33 Haupt- oder Großstädte erreicht. Die Befragung soll die Kriminalitätsbelastung, die Wahrnehmung von Kriminalität und die Einstellung zum Strafrecht beschreiben. Die drei jüngsten Veröffentlichungen, die im Internet angeboten werden, sind:

Van Dijk, J.J.M., Manchin, R., Van Kesteren, J., Nevala, S., Hideg, G. (2005),

- *The Burden of Crime in the EU. Research Report: A Comparative Analysis of the European Crime and Safety Survey (EU ICS) 2005*

http://www.unicri.it/wwd/analysis/icvs/pdf_files/EUICS%20-%20The%20Burden%20of%20Crime%20in%20the%20EU.pdf

Naudé C.M.B, Prinsloo J.H., Ladikos A. (2006)

- *Experiences of Crime in Thirteen African Countries: Results from the International Crime Victim Survey.*

http://www.unicri.it/wwd/analysis/icvs/pdf_files/ICVS%2013%20African%20countries.pdf

Van Dijk, Jan, Van Kesteren, John, Smit, Paul, Tilburg University, UNICRI, UNODC, (2007)

- *Criminal Victimization in International Perspective: Key Findings from the 2004-2005 ICVS and EU ICS*

http://www.unicri.it/wwd/analysis/icvs/pdf_files/ICVS2004_05report.pdf.

d) UNICEF

Die Unicef veröffentlicht laufend Berichte über die Situation von Familien und Kindern. Der letzte größere Bericht ist der Welt-Kinderreport 2009:

- *The State of the World's Children*

http://www.unicef.org/publications/index_51772.html

- *An Overview of Child-Well-Being in Rich Countries, 2007*

http://www.unicef.de/download.php?f=content_media/presse/fotomaterial/Kinderarmut/Internationale_Studie.pdf

Eine jüngere Teilstudie für Deutschland stammt von Hans Bertram/Steffen Kohl (Humboldt-Universität Berlin im Auftrag des Deutschen Komitee für UNICEF):

- *Zur Lage der Kinder in Deutschland, 2010*

http://www.unicef.de/download.php?f=content_media/presse/fotomaterial/Kinderarmut/Studie.pdf

Auch hier geht es wiederum um eine internationale Vergleichsstudie. Mit Hilfe von sechs »Dimensionen kindlichen Wohlbefindens« werden 21 OECD-Länder verglichen. Neue Daten wurden dafür nicht erhoben, vielmehr haben die Autoren auf bereits verfügbare Berichte wie PISA und TIMSS und auf Eurostat zurückgegriffen. An der Spitze liegen die Niederlande mit einem Score von 3,3, dicht gefolgt von Schweden. Deutschland liegt auf Platz 8 (Score 9,3) und die USA auf dem letzten Platz (Score 18,6).

Dimensionen kindlichen Wohlbefindens	Durchschnittliche Platzierung	Materielles Wohlbefinden	Gesundheit und Sicherheit	Bildung	Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie	Verhalten und Risiken	Subjektives Wohlbefinden
Niederlande	3,3 (-)	7	6	2	1	3	1
Schweden	3,7 (-)	2	1	7	2	2	8
Finnland	6,8 (+1)	3	2	1	15	10	10
Norwegen	6,8 (+3)	1	7	16	10	1	6
Spanien	8,3 (-)	8	5	19	8	8	2
Schweiz	8,5 (-)	6	17	12	6	5	5
Dänemark	8,8 (-4)	4	4	8	17	9	11
Deutschland	9,3 (+3)	14 (-1)	11 (-)	6 (+4)	9 (+4)	7 (+4)	9 (-)
Belgien	11,3 (+1)	15	16	5	13	4	15
Polen	11,3 (+4)	20	8	3	4	15	18
Irland	11,5 (-2)	19	15	11	5	12	7
Tschechien	11,8 (+3)	9	3	4	19	17	19
Portugal	11,8 (+4)	16	12	18	3	6	16
Österreich	12,0 (+4)	5	21	15	7	20	4
Frankreich	13,0 (+1)	10	9	9	20	13	17
Italien	13,0 (-8)	11	10	21	11	11	14
Kanada	13,7 (-5)	12	13	10	18	16	13
Griechenland	14,7 (-5)	13	20	17	14	21	3
Ungarn	15,8 (-)	17	14	13	12	19	20
Großbritannien	16,3 (+1)	18	18	20	16	14	12
USA	18,6 (-1)	21	19	14	21	18	-

Abbildung 1 aus Bertram/Kohl, Zur Lage der Kinder in Deutschland 2010, S. 11

Von der OECD selbst gibt es den Bericht »Doing Better for Children«, der 2009 erschienen ist. Er ist aber im Internet nicht frei zugänglich.¹³

e) **Weltbank**

- *Doing-Business-Projekt der Weltbank*

<http://www.doingbusiness.org/Downloads/>

Doing Business wird unter IV. 3) a) zusammen mit fünf ähnlichen Länder-Rankings von sog. INGOS näher dargestellt und unter VII. diskutiert.

2) **Berichte von INGOs (International Non-Governmental Organisations)**

a) **Transparency International**

Mit Transparency International ist eine globale Antikorruptionsbewegung entstanden. Transparency International stellt seit 1995 einen Corruption Perceptions Index (PCI) zusammen, der sich 2008 auf 180 Länder erstreckte. Darin nahm Dänemark vor Neuseeland und Schweden den (positiven) Spitzenplatz ein, während der Irak, Myanmar und Somalia die Schlusslichter bildeten.

- *Transparency International Corruption Perceptions Index*

<http://www.transparency.org/>

Der Index findet in den Medien große Beachtung und zeigt wohl auch präventive Wirkung. Der Kopf hinter dem Index ist der Passauer Ökonom Johann Graf Lambsdorff (Measuring Corruption – the Validity and Precision of Subjective Indicators (CPI), in: Sampford u.a., Measuring Corruption, 2006, 81-99).

b) **Yale Center for Environmental Law and Policy (YCELP)**

- *2008 Environmental Performance Index (EPI)*

<http://sedac.ciesin.columbia.edu/es/epi/> und <http://epi.yale.edu/Home>

¹³ Eine Auflistung weiterer »Studien und Berichte zur (statistischen) Erfassung von Kinderarmut« auf dem »Deutschen Bildungsserver«: <http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=5175>.

Der Environmental Performance Index (EPI) wird vom Yale Center for Environmental Law and Policy (YCELP), dem Center for International Earth Science Information Network (CIESIN) der Columbia Universität in Zusammenarbeit mit dem World Economic Forum und dem Joint Research Centre der European Commission erstellt. Nach einer Probelauf 2006 gab es den ersten Index 2008. Die Finanzierung stammt von drei großen Stiftungen.

c) *Amnesty International*

Amnesty International erstellt Jahresberichte über die Lage der Menschenrechte in 157 Ländern. Diese kann man jedoch nicht aus dem Internet herunterladen, sondern muss sie als Buch erwerben. Im Internet stehen

- *Länderberichte*

und

- *Themenberichte.*

Man kann wohl kaum etwas über die Globalisierung der Menschenrechte schreiben, ohne diese Berichte zu Rate zu ziehen. Es handelt sich zwar weitgehend um Einzelfallmeldungen. Aber wie sonst sollte man Material zu Menschenrechtsverletzungen finden?

d) *Freedom House*

Freedom House ist eine US-amerikanische NGO, die u. a. 193 Länder der Welt auf nach Skala von 1 (ganz frei) bis 7 (ganz unfrei) bewertet. und zwar getrennt nach politischen Rechten (political rights) und bürgerlichen Freiheiten (civil liberties). Eine zusätzliche Bewertung gibt es für den Stand der Demokratie. Schließlich werden die Länder noch einmal größer in drei Kategorien als frei, teilweise frei und unfrei sortiert.

<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=439>

Die Einstufung erfolgt durch ein Team von 40 Analysten und 17 wissenschaftlichen Beratern. Sie arbeiten mit Checklisten.

e) *The World Justice Project*

Diese in Washington D. C. ansässige NGO zählt zu ihren zahlreichen Sponsoren die American Bar Association, ab auch etwa Transparency International oder die norwegische Bar Assosiation. Das Geld kommt u. a. von der Bill & Melinda Gates Stiftung, der General Electric Foundation und LexisNexis. Zu den Aktivitäten gehört neben großen internationalen Tagungen, dem World Justice Forum, der

- *Rule of Law Index.*

<http://www.worldjusticeproject.org/rule-of-law-index/>

Der Index will messen, wie weit die verschiedenen Länder die Rule of Law akzeptiert haben. Der dazu entwickelte Index hat 16 Faktoren und 68 Subfaktoren. Die Daten werden durch Meinungsumfragen und Expertenbefragungen gewonnen. Zur Zeit werden Daten über 35 Länder erhoben. 2011 sollen es über 100 Länder sein. Die sechzehn Faktoren werden für die einzelnen Ländern jeweils überlichtlich mit Zahlenwerten und übersichtlichen Graphiken dargestellt. Sie werden jedoch nicht zu einem Score konsoliert, so dass es keine Rennliste gibt.

Die Rule of Law wird folgendermaßen definiert:

1. The government and its officials and agents are accountable under the law;
2. The laws are clear, publicized, stable and fair, and protect fundamental rights, including the security of persons and property;
3. The process by which the laws are enacted, administered and enforced is accessible, fair and efficient;
4. Access to justice is provided by competent, independent, and ethical adjudicators, attorneys or representatives, and judicial officers who are of sufficient number, have adequate resources, and reflect the makeup of the communities they serve.

f) The Center for Systemic Peace (CSP)

Das Center ist in Severn, Maryland, USA, ansässig, und gibt auf seiner Webseite über sich selbst wenig Auskunft. Bei genauerem Hinsehen findet man jedoch eine Notiz, nach der das Polity IV Projekt von einer Political Instability Task Force (PITF) gesponsert wird, die ihrerseits ihr Geld von der Central Intelligence Agency, also von der CIA bezieht. Das Center veröffentlicht jährlich mehrere Indices, darunter

- *Polity IV*

<http://www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm>,

eine vergleichende quantitative Analyse der Regierungsstruktur von zur Zeit 163 Staaten der Welt. Das Polity IV-Projekt scheint bei Politikwissenschaftlern durchaus angesehen zu sein. Ich habe es hier angeführt, weil ich unten über eine Untersuchung über die Reformfreudigkeit von Demokratien im Verhältnis zu autoritären Regimes¹⁴ eingehe, die u. a. von den Daten dieses Projekts Gebrauch macht.

g) World Values Survey – Organization

Seit 1990 gibt es den

- *World Values Survey*.

Er wird alle fünf Jahre wiederholt, wurde als zuletzt 2005 erhoben und wird 2010-2011 erneut wiederholt. Auf der Internetseite

<http://www.worldvaluessurvey.com/>

stehen die Daten zur Verfügung. Außerdem werden Erläuterungen und Veröffentlichungen, insbesondere von Ronald Inglehart und Christian Welzel angeboten.

- *Inglehart-Welzel Cultural Map of the World*

http://margaux.grandvinum.se/SebTest/wvs/articles/folder_published/article_base_54

- *World Map of Happiness*

<http://www.jdsurvey.net/jds/jdsurveyMaps.jsp?Idioma=I&SeccionTexto=0404&NOID=103>

- *World Map of Interpersonal Trust*

<http://www.jdsurvey.net/jds/jdsurveyMaps.jsp?Idioma=I&SeccionTexto=0404&NOID=104>

h) Fraser Institute und Forschungsverbund

- *Economic Freedom of the World (EFW)*

<http://www.freetheworld.com>

Dazu näher unter V. 3) c).

i) World Economic Forum

Zu den Aktivitäten gehört seit nunmehr dreizehn Jahren die Herausgabe eines Global Competitive Reports.

- *The Global Competitiveness Report des World Economic Forum*

<http://www.weforum.org/en/initiatives/gcp/index.htm>

Dazu näher unter V. 3) b).

Vom World Economic Forum gibt es jährlich auch einen

- *Global Risk Report*,

der jüngste von Januar 2010: <http://www.weforum.org/pdf/globalrisk/globalrisks2010.pdf>.

¹⁴ Amin, Mohammad; Djankov, Simeon (2009): Democracy and Reforms. Centre for Economic Policy Research. (Discussion Paper 7551). Im Internet schwirrt noch eine frei zugängliche Kopie herum.

Auch ein Global Gender Gap Index wurde 2006 durch das World Economic Forum initiiert. Er verwendet 14 Indikatoren und wird für mehr als 200 Länder erhoben.

- *The Global Gender Gap Report*
<http://www.weforum.org/pdf/gendergap/report2009.pdf>

j) *Heritage Foundation*

- *Index of Economic Freedom*,
<http://www.heritage.org/Index/>

Dazu unter V. 3) f).

V. Globales Standort-Ranking

Die Weltbank, vier INGOS und eine Schweizer Management-Hochschule veröffentlichen jährlich vergleichende und bilanzierende Untersuchungen mehr oder weniger aller wichtigen Volkswirtschaften auf ihre Standortqualität. Dabei spielen rechtliche Indikatoren eine große Rolle. Es handelt sich um

- (1) den Doing-Business Report der Weltbank (DBR)
- (2) den Global Competitiveness Report des World Economic Forum (GCR)
- (3) den Economic Freedom of the World Index (EFW)
- (4) das World Competitive Yearbook des Institute for Management Development (IMD)
- (5) die Indicators of Product Market Regulation der OECD (PMR)
- (6) den Heritage Economic Freedom Index (HEF).

Es lohnt sich, diese Untersuchungen daraufhin durchzumustern, welche Rechtskomplexe für wirtschaftsrelevant gehalten werden. Das geschieht unter VII. 2). Zunächst seien die sechs Berichte kurz vorgestellt.

a) *Doing Business Report der Weltbank (DBR)*

Allgemein: Der Doing Business Report der Weltbank, der seit 2003 jährlich erneuert wird, legt den größten Wert auf das offizielle Recht als Standortfaktor. Das Ziel ist »to provide an objective basis for understanding and improving the regulatory environment for business«. Der 2010 veröffentlichte Bericht erfasst 183 Länder mit Hilfe von zehn Indikatorengruppen, die in 32 Kriterien unterteilt sind.

Indexkonstruktion: Die Indikatoren werden aus standardisierten Szenarien gewonnen, in denen es um die wirtschaftlichen Aktivitäten eines kleinen oder mittleren Unternehmens in der größten Stadt seines Heimatlandes geht. Insgesamt sind es zehn Indikatoren, die mit gleichem Gewicht in den Gesamtindex eingehen:

- (1) Unternehmensgründung: Verfahrensschritte, Zeit und Kosten sowie Mindestkapital für die Gründung eines Unternehmens.
- (2) Baugenehmigung: Verfahrensschritte, Zeit und Kosten für die Erlangung einer Baugenehmigung, den Anschluss an das Versorgungsnetz und für behördliche Kontrollen.
- (3) Beschäftigung von Arbeitnehmern: Beschränkungen der Vertragsfreiheit und der Arbeitszeit (über den ILO-Standard hinaus), Kündigungsbeschränkungen und Kosten einer Kündigung.
- (4) Übertragung von Grundeigentum: Verfahrensschritte, Zeit und Kosten für die Übertragung eines Geschäftsgrundstücks.
- (5) Kreditaufnahme: Bewertet werden Rechte von Gläubiger und Schuldner im Falle der Zahlungsunfähigkeit sowie Informationsmöglichkeiten des Gläubigers über die Kreditwürdigkeit des Schuldners.
- (6) Schutz von Investitionen: Offenlegungspflichten, Managerhaftung, Möglichkeit von Gesellschafterklagen

- (7) Steuern: Anzahl der Steuern, Zeit für die Anfertigung der Steuererklärungen, Häufigkeit der Zahlungstermine, Anteil aller Steuern am Bruttogewinn
- (8) Export und Import: Notwendige Dokumente, Zeit und Kosten für grenzüberschreitende Geschäfte.
- (9) Durchsetzung von Verträgen: Verfahrensschritte, Zeit und Kosten für die Klärung eines Rechtsstreits [Beispiel Folie 13 und 14 von pps Understanding Legal]
- (10) Ende der Geschäftstätigkeit: Sanierungsrate bei Konkurs.

Als »Legal Indicators« werden ausdrücklich nur Nr. 5 und 6 sowie 9 und 10 bezeichnet. Geldbeträge werden auf das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung umgerechnet. Zu vielen Kriterien wird eine Best Practice angegeben, z. B. elektronischer Rechtsverkehr für den Verkehr mit Behörden und Gerichten.

Entsprechend der Anzahl der teilnehmenden Länder ergibt das Ranking eine Skala mit 183 nicht weiter quantifizierten Stufen.

Datenbasis des DBR sind eine Rechtsvergleichung sowie Erhebungen über Zeit, Verfahrensaufwand und Kosten, die bei der Erfüllung rechtlicher Anforderungen von Wirtschaftsaktivitäten anfallen. Für die Datenerhebung wird ein standardisierter Fragebogen entwickelt, den vor Ort über 8000 Experten (Anwälte, Wirtschaftsprüfer, Beamte u. a. m.) beantworten. Bis die Fragebögen fertig ausgefüllt sind, haben die befragten Experten vier Kontakte mit dem Team der Weltbank (Besuche im Lande, Telefonkonferenzen, Korrespondenz). Zusätzlich werden die Länder danach geordnet, mit welchem Eifer sie Reformen durchführen. Das zusätzliche Ranking geht nicht in den allgemeinen Index ein, es wird jedoch benutzt, um zu zeigen, dass reformfreundige Länder im Ranking steigen.

Spitzenreiter 2010 war Singapur, gefolgt von Neuseeland und Hongkong und den USA. Auf Rang 5, 6 und 7 folgen England, Irland und Dänemark. Deutschland liegt auf Rang 27 zwischen Estland und Litauen. Nur bei der Durchsetzung von Verträgen nimmt Deutschland mit Rang 7 einen Spitzenplatz ein; beim Arbeitsrecht liegt es auf Rang 158.

b) Global Competitiveness Report des World Economic Forum (GCR)

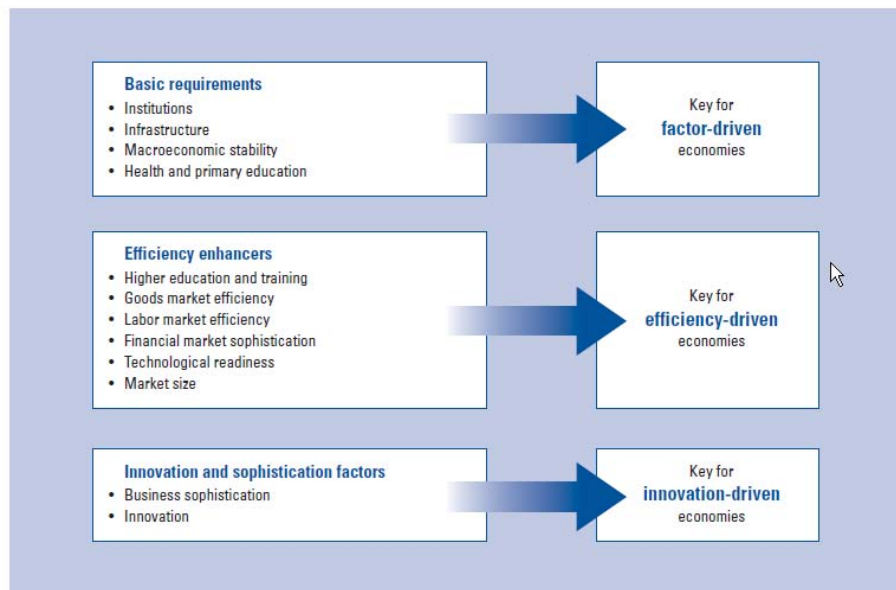
Allgemein: Das World Economic Forum ist eine 1971 von dem Schweizer Klaus Schwab gegründete Stiftung, der es gelingt, in jedem Jahr in Davos die crème de la crème aus Wirtschaft und Politik zu versammeln. Zum Aufsichtsrat gehören, um nur drei Namen zu nennen, Josef Ackermann, Kofi Annan und Tony Blair. Zu den Aktivitäten gehört seit nunmehr 30 Jahren die Herausgabe eines Global Competitive Reports. Competitiveness wird definiert als die Produktivität und das Wachstum einer Volkswirtschaft bei mittel- bis langfristiger Betrachtung. (S. 9). Erfasst wurden zuletzt 134 Länder.

Indexkonstruktion: Im Global Competitiveness Report werden Daten zu zwölf Komplexen erhoben, Pfeiler der globalen Wettbewerbsfähigkeit genannt.

Die zwölf Pfeiler der Wettbewerbsfähigkeit sind:

1. rechtliche Institutionen,
2. (technische) Infrastruktur
3. makroökonomische Stabilität
4. Gesundheit und Primärerziehung
5. höhere Bildung und Berufsausbildung
6. Effizienz der Gütermärkte
7. Effizienz des Arbeitsmarktes
8. funktionierender Finanzmarkt
9. Bereitschaft zum Einsatz fortschrittlicher Technologie
10. Größe des Marktes
- 11 Business Sophistication
12. Innovation

Figure 1: The 12 pillars of competitiveness



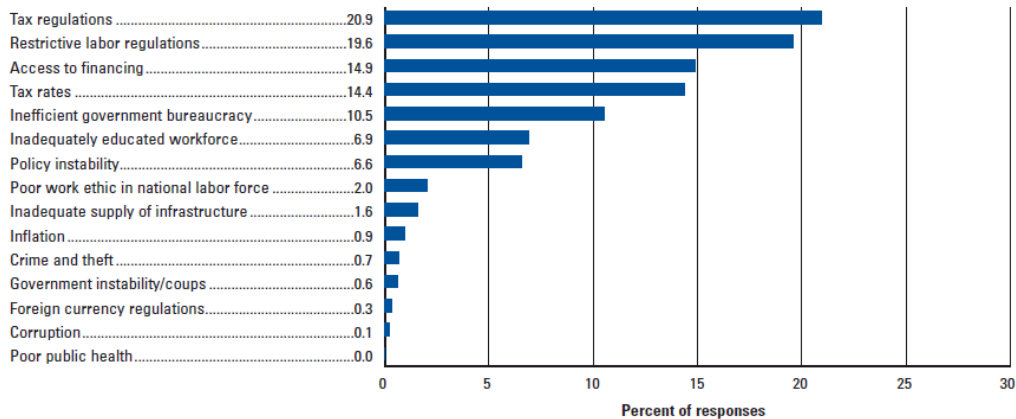
Aus: The Global Competitiveness Index S. 8

Je nachdem, in welchem Entwicklungsstadium sich eine Volkswirtschaft befindet, erhalten die Pfeiler ein unterschiedliches Gewicht. Recht spielt sich vor allem in dem Institutionenpfeiler ab. Da geht es um Ethik und Korruption im öffentlichen Bereich und in der Wirtschaft, um richterliche Unabhängigkeit und Corporate Governance. Bemerkenswert ist vielleicht, dass unter dem Titel »Sicherheit« nach den Kosten von Terrorismus, Verbrechen und organisierter Kriminalität für die Wirtschaft gefragt wird. Auch in anderen Pfeilern gibt es rechtliche Gesichtspunkte, so in Pfeiler 6 – Effizienz der Gütermärkte – die Zahl der Verfahrensschritte und die Zeit, die für die Eröffnung eines Unternehmens erforderlich sind, bei Pfeiler 7 – Effizienz der Arbeitsmärkte – Gesichtspunkte, die die Flexibilität des Arbeitsmarktes bestimmen sollen. Bei dem Finanzmarkt kommen für Glaubwürdigkeit und Vertrauen die Regulierung von Börsen und die Rechte der Anleger ins Spiel. Außerdem wird die Gesamtbelastung der Wirtschaft mit Steuern erfragt.

Das Ergebnis ist ein Ranking der 134 Ländern nach ihrer Wirtschaftsfreundlichkeit. Zusätzlich erhalten alle Länder einen Score zwischen 0 (schlecht) und 6 (Spitze), der auf zwei Stellen hinter dem Komma angegeben wird.

Datenbasis: Mit Hilfe von 150 Partnerinstituten werden Experten aus der Wirtschaft befragt, die die Kriterien mit Hilfe einer Skala von 1 bis 7 einordnen müssen. So werden über 13.000 Bewertungen gesammelt. Dazu kommen einige »harte« Daten aus Statistiken. Für jedes Land werden außerdem 15 Kriterien unter dem Gesichtspunkt der »most problematic factors for doing business« angegeben.

The most problematic factors for doing business



Note: From a list of 15 factors, respondents were asked to select the five most problematic for doing business in their country/economy and to rank them between 1 (most problematic) and 5. The bars in the figure show the responses weighted according to their rankings.

The Global Competitiveness Report 2009-2010 © 2009 World Economic Forum

Besonders problematische Indikatoren für Deutschland aus dem GCR

Spitzenreiter für 2009/2010 ist die Schweiz, dicht gefolgt von den USA. Weiter folgen Schweden, Dänemark und Finnland und schon an 7. Stelle Deutschland, gefolgt jetzt von Japan. Deutschland hat damit gegenüber dem Vorjahr zwei Ränge verloren, obwohl der Score mit 5,5 gleichgeblieben ist.

c) *Economic Freedom of the World Index (EFW)*

Bei dem Economic Freedom of the World Index handelt es sich um eine von 52 Forschungsinstituten erarbeitete internationale Vergleichsstudie, die seit 1975 federführend vom kanadischen Fraser Institute durchgeführt wird. In Deutschland ist das zur Friedrich-Naumann-Stiftung gehörende Liberale Institut beteiligt. Zur Zeit werden 141 Länder bewertet:

Indexkonstruktion: Die Kriterien sind in fünf Kategorien eingeteilt.

1. Wie groß ist der Staatsanteil (Ausgaben, Steuern, Staatsunternehmen)?
2. Wie gut ist das Rechtssystem (Unabhängigkeit der Gerichte, sicherer Schutz von Eigentum, Durchsetzung von Verträgen)?
3. Wie stabil ist die Währung (Geldwachstum und Inflationsraten)?
4. Wie frei ist der Handel (Zolltarife, Handelsbarrieren, Größe des Außenhandels, Wechselkursregime)?
5. Wie stark ist die Regulierung (Finanzmarkt, Arbeitsmarkt, Wirtschaft insgesamt)?

Grundlage der Bewertung sind 42 Indikatoren, die sich wiederum aus 116 Kriterien zusammensetzen.

Datenbasis sind allgemein zugängliche Statistiken und Expertenbefragungen. Die mit Hilfe von Statistiken bewerteten Kriterien werden für den Index mit 34 % gewichtet, die Kriterien, die durch Expertenbefragungen beantwortet werden, mit 66 %. Die kompletten Datensätze stehen im Internet, und die Indices sind auch als Zeitreihen verfügbar.

Spitzenreiter: In der Rangliste der wirtschaftlich freien Länder nimmt Hongkong den Spitzenplatz ein, gefolgt von Singapur, Neuseeland, der Schweiz und Chile. Die USA liegen auf Platz 6. Deutschland von 2006 auf 2009 um zehn Ränge auf den 27. Platz zurückgefallen. Gute Noten erhält Deutschland in den Kategorien Rechtsstaatlichkeit, Geldwertstabilität und Außenhandelsfreiheit. Schlecht bewertet werden der hohe Staatsanteil – hier liegt Deutschland auf Rang 104 – und die Überregulierung – (Platz 98). Die schlechte Note für die Regulierung gibt es wegen der

Arbeitsmarktregulierung (Platz 122). Hier liegen die USA nach Bahrein und Uganda an der Spitze. In Europa halten Dänemark mit Platz 10 und die Schweiz mit Platz 15 die vorderen Plätze.

d) *IMD World Competitiveness Yearbook*

Allgemein: Das International Institute for Management Development (IMD) hat seinen Sitz in Lausanne. Es wird von Firmen wie Alcan Aluminium und Nestlé finanziert. Ein besonderes World Competitiveness Center erstellt seit 1989 das IMD World Competitiveness Yearbook, das nicht im Netz zur Verfügung steht, sondern teuer erworben werden muss. Immerhin gibt es einige Zusammenfassungen.

Indexkonstruktion: Der IMD Report benutzt 329 Kriterien. Sie sind in vier Gruppen unterteilt, nämlich Economic Performance, Government Efficiency, Business Efficiency und Infrastructure. Jeder dieser Faktoren ist wiederum in fünf Subfaktoren unterteilt, die dann weiter in Kriterien ausdifferenziert werden. Jeder Subfaktor, ganz gleich, wie viele Kriterien er generiert, wird mit 5 % gewichtet.

Die rechtsbezogenen Kriterien fallen unter den Faktor Government Efficiency, und dort unter die Subfaktoren Institutional Framework, Business Legislation und Societal Framework. Die Subfaktoren werden in die üblichen Items aufgliedert. Bemerkenswert ist die Kategorie Societal Framework mit folgenden Kriterien:

- Ageing of society: Ageing of society is not a burden for economic development.
- Risk of political instability: The risk of political instability is very low.
- Social cohesion: Social cohesion is a priority for the government.
- Income distribution - lowest %: Percentage of household incomes going to lowest % of households.
- Income distribution - highest %: Percentage of household incomes going to highest % of households.
- Equal opportunity: Equal opportunity legislation in your country encourages economic development.
- Females in parliament: Percentage of total seats in Parliament.
- Female positions: Percentage of total legislators, senior officials and managers.
- Gender income ratio: Ratio of estimated female to male earned income globally.

So deutlich werden soziale Aspekte in keiner anderen Untersuchung berücksichtigt.

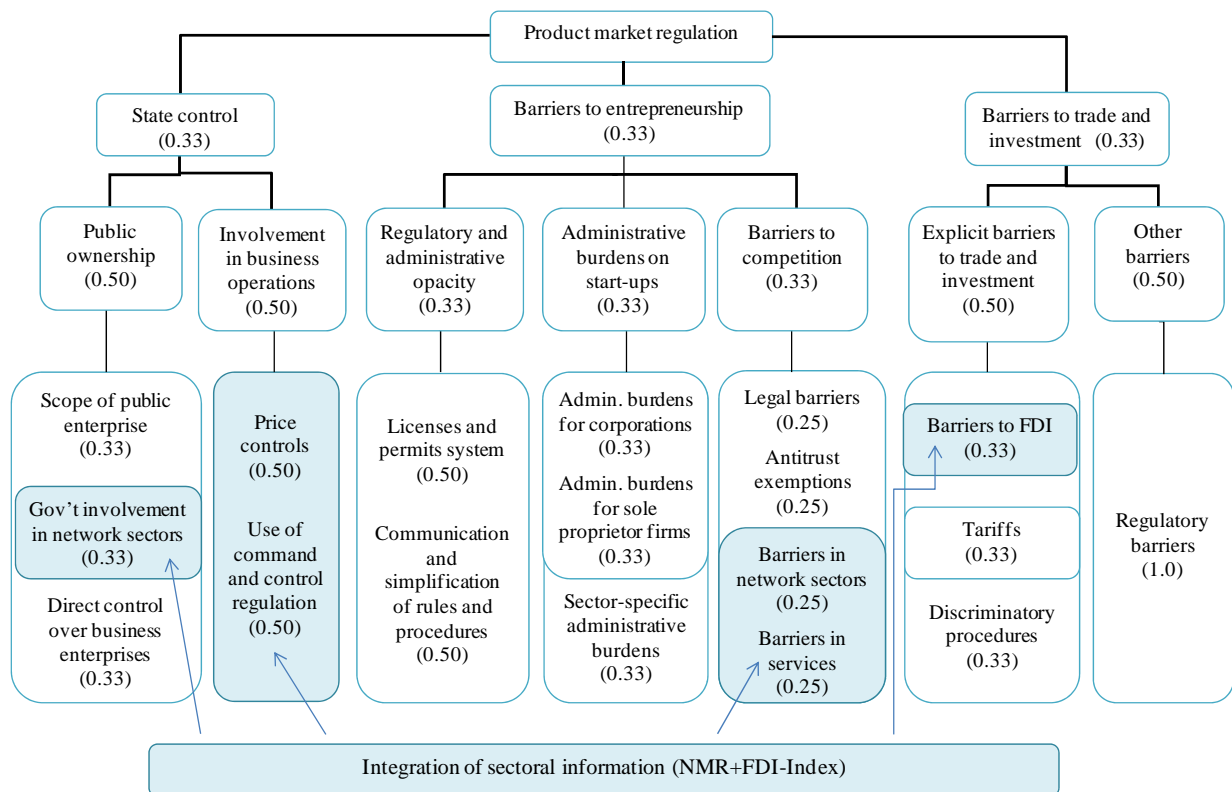
Datenbasis: Es wird betont, dass die aus Statistiken gewonnenen Werte für den Index besonders hoch, nämlich mit 2/3, gewichtet werden, während die Expertenbefragungen nur 1/3 ausmachen. Das Ergebnis ist ein Ranking von 57 Volkswirtschaften. Zusätzlich zu dem Ranking gibt es einen Score von 0 bis 100, der auf drei Stellen hinter dem Komma genau mitgeteilt wird.

Spitzenreiter sind die USA mit einem Score von 100, gefolgt von Hongkong (98.146), Singapur (95.740) und der Schweiz (94.163). Deutschland liegt auf Platz 13 (83.508) zwischen Luxemburg (86.274) und Qatar (81.995). Schlusslicht ist Venezuela (39.060).

e) *OECD Indicator of Product Market Regulation (PMR)*

Allgemein: Die Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD), die 1961 gegründet wurde und der heute 30 Staaten angehören, ist das weltweit größte Institut zur Beobachtung von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie produziert jährlich 250 Veröffentlichungen und zahlreiche vergleichende Statistiken. Jeder kennt PISA, die Internationale Schulleistungsstudie der OECD. Der OECD Indicator of Product Market Regulation (PMR), der sich auf die Mitgliedsstaaten beschränkt, wurde nach 1999 und 2003 für 2008 zum dritten Mal erhoben.

Indexkonstruktion: Die einzelnen Kriterien werden auf drei gleichgewichtige Gruppen verteilt. Die eigentlichen Kriterien sind die 18 low level indicators in der unteren Reihe der Graphik.



[Graphik aus: Complete Set of Indicators: <http://www.oecd.org/dataoecd/33/12/42136008.xls>]

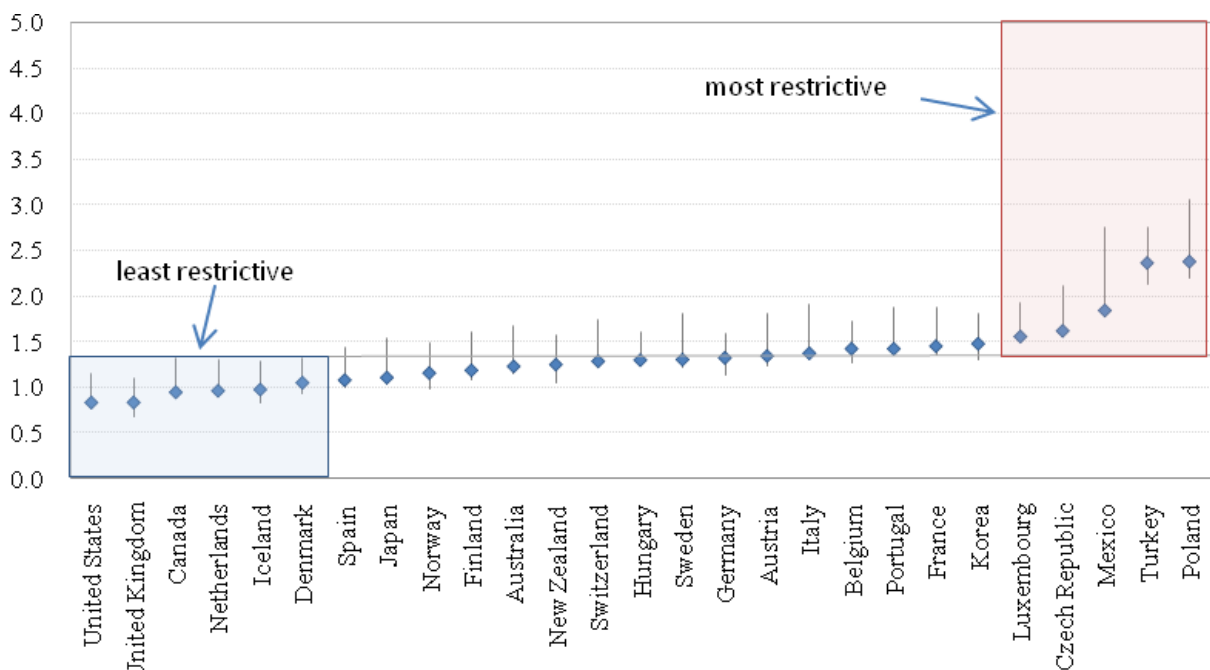
Inhaltlich erfassen sie stärker die Wirtschaftstätigkeit des Staates und die Regulierung, die bei uns unter dem Titel Wirtschaftsverwaltungsrecht abgehandelt wird.

Datenbasis: Zur Erhebungsmethode eine kurze Selbstbeschreibung:

»The basic idea of the OECD system of economy-wide and sectoral indicators of product market regulation is to turn qualitative data on laws and regulations that may affect competition into quantitative indicators. What distinguishes these indicators from indicators that have been developed by other organisations is primarily their bottom-up approach based on raw information about existing laws and regulations. The bottom-up approach makes it possible to trace the indicator scores back to individual policies. Furthermore, the data on which the indicators are based are mainly derived from a survey of member countries, with only a small fraction being based on external data sets, thereby guaranteeing a high level of comparability across countries. The indicators are policy focused and not based on opinion surveys that would reflect subjective assessments of market participants. They mostly measure regulations that are potentially anti-competitive in areas where competition is viable, and generally do not reflect market outcomes. Finally, the indicators are subject to peer review by the national administrations of OECD member countries.«¹⁵

¹⁵ Anita Wöfl/Isabelle Wanner/Tomasz Kozluk/Giuseppe Nicoletti (2009): [Ten years of product market reform in OECD countries – insights from a revised PMR indicator](#), Economics Department Working Papers 6952009, S. 12.

Spitzenreiter:



Graphik aus Wölfl u. a. (Fn. 15) S. 12.

f) Heritage Foundation

Allgemein: Seit 1995 veröffentlicht die Heritage Foundation, die sich selbst »Washington's preminent think tank« nennt, einen Index of Economic Freedom, der »den Marsch der Freiheit um die Welt« nachzeichnen soll.

Indexkonstruktion: Der Index, setzt sich aus zehn Komponenten (freedoms) zusammen, die jeweils mit Noten von 1 bis 100 bewertet und aus denen dann der Durchschnitt gebildet wird.

- Business Freedom: Dafür werden die Daten aus dem Doing Business Report der Weltbank über den Aufwand für die Gründung und Liquidation eines Unternehmens verwendet.
- Trade Freedom: Der entscheidende Gesichtspunkt sind die durchschnittlichen Zolltarife, die mit Hilfe von Daten der Weltbank in einer Reihe anderer Organisationen ermittelt werden.
- Fiscal Freedom: Das ist die Steuerbelastung, die sich zusammensetzt aus den Höchstsätzen der persönlichen Einkommensteuer, der Unternehmenssteuer und dem Steueranteil am Brutto-sozialprodukt.
- Government Spending: Staatsausgaben als Anteil des Brutto-sozialprodukts. Der Teilindex wird mit einer nichtlinearen Gleichung berechnet, damit arme Länder mit geringen Steuereinnahmen nicht zu gut wegkommen.
- Monetary Freedom: Diese Komponente erfasst die Inflationsrate der letzten drei Jahre sowie vorhandene Preiskontrollen.
- Investment Freedom: In diese Komponente gehen ein Genehmigungserfordernisse und bürokratische Hindernisse bei Investitionen von Inländern und Ausländern, Beschränkungen beim Grunderwerb, beim Währungsumtausch und dem Kapitaltransfer und die Möglichkeit entschädigungsloser Enteignung.
- Financial Freedom: Gemeint ist das Ausmaß der Regulierung des Finanzmarktes.
- Property rights: Hier geht es um die Gewährleistung des Privateigentums und die Durchsetzbarkeit von Verträgen mit Hilfe eines korruptionsfreien Gerichtssystems.

- Freedom from Corruption: Hier wird in erster Linie der CPI von Transparency International benutzt.
- Labor Freedom: Diese Komponente lehnt sich wiederum an die Kriterien des Doing Business Report an.

Datenbasis: Die Daten werden in erster Linie dem Doing Business Report der Weltbank entnommen. Als zusätzliche Quellen werden angegeben: Economist Intelligence Unit, Country Report, Country Commerce, and Country Profile, 2006-2009; U.S. Department of Commerce, Country Commercial Guide, 2006-2009; and official government publications of each country.

Spitzenreiter für 2010 sind Hongkong, Singapur und mit etwas Abstand Australien. Die USA sind Nr. 8, bestplatzierte Länder Europas beinahe gleichauf Irland (Nr. 5) und die Schweiz (Nr. 6). Deutschland liegt zwischen Österreich und Zypern auf Platz 23.

VI. Themen und Inhalte der Berichtsforschung

[wird ausgeführt]

VII. Zu den Möglichkeiten des Umgangs mit den Berichten

Was kann man mit solchen Berichten anfangen?

Man kann nach Rechtssoziologie unter fremdem Namen fahnden.

Man kann nach Daten für eigene Fragestellungen suchen.

Man kann den Theorien hinter den Daten nachspüren.

Man kann auf die Funktion der Berichte sehen.

Man kann nach der Verwendung ihrer Inhalte fragen.

Man kann die Berichte kritisieren.

Man kann beobachten, wie das Internet die Wahrnehmung von Daten verändert.

[wird ausgeführt]

VIII. Recht als Standortfaktor

1) *Entwicklungs- und Transformationsländer als Experimentierfeld*

2) *Interpretation und Kritik der Rankings*

a) *Konvergenz der Rankings untereinander*

b) *Konvergenz der Rankings mit der Wirtschaftsentwicklung*

3) *Zur Wirtschaftsrelevanz einzelner Indikatoren*

4) *Wirtschaftsentwicklung, Demokratie und Menschenrechte*

IX. Entwicklungs- und Transformationshilfe mit der Rule of Law: Global Justice oder Plunder?

X. Fazit